

anders verhalten als ein anderes mit ungleichmäßig großen Teilchen. Auch können hiernach neutrale Körper, wie Tone und BaSO_4 , wegen ihrer großen Adsorptionsfähigkeit Nachdickungen bedingen. Dann ist es selbstverständlich, wenn in der Hauptsache die kolloiden adsorbierbaren Säuren und weniger die molekularen Säuren vermehrte Eindickungen hervorrufen. In Tabelle 2 ist eine Abhängigkeit der Stärke der Eindickung bei Standölen von dem Verhältnis mg KOH-Verbrauch der dispersen Phasen : mg KOH-Verbrauch des Ultrafiltrats zu erkennen. Ferner hat man eine Erklärung dafür, daß bei Anwendung verschiedener Verdünnungsmittel wegen unterschiedlicher Adsorptionsverhältnisse auch verschiedene Eindickungsgrade beobachtet werden.

Wir haben nur die kolloid-chemische Betrachtungsweise des Eindickens behandelt, weil es sich hier um die augenfälligste Reaktion für den Chemiker handelt. Man wird natürlich mit Hilfe unserer Ultrafiltrations- und Dispergierungsversuche auch andere Probleme, wie die der Bodensatzbildung, des Verlaufs und des Ölverbrauches, bei Anstrichfarben behandeln können. Und schließlich werden die zunächst wissenschaftlich aufgebauten Ultrafiltrations- bzw. Dispergierungsversuche durch speziellen Ausbau auch praktisch besonders bei den Bindemittelherstellern ausgewertet werden können. [A. 81.]

Zur Wertigkeitsbezeichnung in der anorganischen Chemie.

Von Prof. Dr. ALFRED STOCK, Karlsruhe.

(Eingeg. 14. Juli 1934.)

Vor 15 Jahren empfahl ich¹⁾, die Wertigkeit durch Anhängen der betreffenden Zahl an den Elementnamen auszudrücken: Eisen-zwei-chlorid usw. Für Schrift und Druck schlug ich damals „Eisen(2)-Chlorid“ vor.

Diese Art der Wertigkeitsbezeichnung hat die früher üblichen im deutschen Schrifttum heute fast verdrängt, wozu vor allem ihre Anwendung in vielbenutzten Lehrbüchern (zuerst in K. A. Hofmanns „Lehrbuch der anorganischen Chemie“ und in der Neuauflage von „Gmelins Handbuch der anorganischen Chemie“) beitrug. Auch die von der Deutschen Chemischen Gesellschaft eingesetzte Nomenklaturkommission für anorganische Chemie²⁾ nahm sie an, mit der von mir selbst befürworteten Änderung, daß die römischen statt der arabischen Ziffern verwendet werden und die Bindestriche wegfallen sollten: Eisen(II)chlorid³⁾. Letzteres spart Raum; ersteres ist zweckmäßig, weil man auch sonst die Wertigkeit mit römischen Ziffern ausdrückt, z. B. $\text{Pb}^{\text{IV}}\text{Pb}_2^{\text{II}}\text{O}_4$, während die arabischen Ziffern, wie in den gewöhnlichen Formeln, die stöchiometrischen Verhältnisse wiedergeben.

Im deutschen Schrifttum herrscht hinsichtlich der Wahl der Ziffern, des Gebrauches der großen oder kleinen

Buchstaben, der Klammern und der Bindestriche rechte Willkür. E. H. Riesenfeld schreibt in seinem eben erschienenen „Lehrbuch der anorganischen Chemie“⁴⁾, das sich schnell Freunde erwerben dürfte, (S. 12): „zur Bezeichnung der Wertigkeitsstufe . . . werden vielfach statt der römischen die arabischen Ziffern gewählt, z. B. Eisen(2)-chlorid . . .“; er benutzt selbst die römischen.

Wenn es sich auch um keine sehr wichtige Frage und mehr um eine Äußerlichkeit handelt, so sollte man doch der jetzigen Verschiedenheit ein Ende machen. Als Vater dieser Wertigkeitsbezeichnung erlaube ich mir — indem ich mich besonders an die Verfasser von Lehr- und Schulbüchern und von Referaten wende — den Vorschlag, künftig durchweg einheitlich zu verfahren, aus den besprochenen Gründen zur Wertigkeitsbezeichnung ausschließlich die römischen Ziffern zu benutzen, zur Raumersparnis auf die Klammer zu verzichten und nur zu schreiben und zu drucken: EisenII-chlorid usw. [A. 88.]

⁴⁾ S. Hirzel, Leipzig 1934.

Berichtigung.

In meinem 2. Fortschrittsbericht über Kautschuk¹⁾ ist als Fußnote 80 a durch ein Versehen nochmals die Fußnote 79 abgedruckt worden. Es sollte das D. R. P. 558 890 der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft zitiert werden, worin die Polymerisation von Diolefinen in Emulsionsform mittels seifenartiger Stoffe beschrieben ist.

R. Pummerer.

¹⁾ Diese Ztschr. 47, 209 [1934].

¹⁾ A. Stock, „Einige Nomenklaturfragen der anorganischen Chemie“, diese Ztschr. 32, 373 [1919].

²⁾ Vgl. den Bericht von R. J. Meyer u. A. Rosenheim, diese Ztschr. 38, 713 [1925].

³⁾ Für das Englische und Französische wurde das Verfahren von den betreffenden Nomenklaturkommissionen gleichfalls empfohlen: iron-II-chloride, chlorure de ferII usw., hat sich bisher aber dort weniger eingebürgert als bei uns.

RUNDSCHAU

Landwirtschaftlich-chemische Versuchsstation Wiesbaden. Im Zuge des Neuaufbaus der bauerlichen Berufsvertretung und der dadurch bedingten Auflösung der Landwirt-

schaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden ist auch die dem Chemischen Laboratorium Fresenius zu Wiesbaden angegliederte Landwirtschaftlich-chemische Versuchsstation seit dem 1. Juli keine Anstalt der Landwirtschaftskammer mehr. Sie wird aber in der bisherigen Weise fortgeführt. Ihr Vorstand ist wie bisher Dr. R. Fresenius. (15)

GESETZE, VERORDNUNGEN UND ENTSCHEIDUNGEN

Technische Aufgabe ohne Angabe der Lösung. Das Reichsgericht hat die Berufung gegen das Urteil der Nichtigkeitsabteilung des Patentamtes, durch das ein Patent vernichtet wurde, zurückgewiesen¹⁾, da in dem Patentanspruch nur die technische Aufgabe gekennzeichnet, deren Lösung aber weder aus der Patentschrift zu entnehmen, noch für den Fachmann ohne weiteres gegeben war.

Es handelt sich um ein Patent für ein Leuchtschild. Vor dem Reichspatentamt hat die Klägerin ausgeführt, daß die Gegenstände des Patentes weder neu noch erfinderisch seien, so daß das Patent überhaupt nicht hätte erteilt werden dürfen,

¹⁾ Mitteilungen vom Verband deutscher Patentanwälte, 122 [1934].

jetzt aber auf Klage für nichtig zu erklären sei (§ 10, Nr. 1 Pat.-Ges.). Zur Begründung hat die Klägerin ausgeführt, daß durch den Hauptanspruch eine klare und eindeutige Regel für die Herstellung von Leuchtbildern nicht gegeben sei. Das Reichsgericht hat die Berufung der Beklagten nach Anhörung eines Sachverständigen abgewiesen und die Entscheidung des Patentamtes bestätigt. [GVE. 43.]

Prioritätsfrist gemäß Unionsvertrag. Gemäß Artikel 4 des Unionsvertrages hat ein Anmelder innerhalb von zwölf Monaten nach Anmeldung der Erfindung in einem der zur Union gehörenden Staaten ein Prioritätsrecht. Irgendwelche inzwischen eingetretenen Tatsachen, vor allem die Veröffentlichung oder Ausübung der Erfindung usw. sind unwirk-

GESETZE, VERORDNUNGEN UND ENTSCHEIDUNGEN (Fortsetzung)

sam. Im vorliegenden Falle war die Priorität vom 15. Dezember 1927 beansprucht worden auf Grund einer entsprechenden Anmeldung in der Schweiz²⁾. Wäre dies richtig, so würden die entgegengehaltenen Publikationen ausscheiden. Der Einsprechende wies nach, daß die schweizerische Anmeldung bereits am 26. Juli 1927 eingereicht war. Nach Artikel 29, Abs. 2, des schweizerischen Patentgesetzes ist es möglich, in dem Zeitraum zwischen Anmeldung und Eintragung des Patents das Anmeldedatum durch ein späteres zu ersetzen. Dies war hier erfolgt. Für die Unionspriorität ist aber nur das tatsächliche Einreichungsdatum, also hier der 26. Juli 1927, maßgebend. Von diesem Tage an läuft die zwölfmonatige Unionsfrist. Das neue durch die Verschiebung entstandene Anmeldungsdatum begründet keine neue Priorität. [GVE. 47.]

Einspruch. Der Einspruch gegen eine Patentanmeldung muß nicht nur begründet sein, d. h. der Einsprechende muß z. B. angeben, daß die Neuheit fehle, sondern er muß, wie es in § 24 heißt, „mit Gründen versehen sein“. Das Reichspatentamt legt die Gesetzesstelle dahin aus, daß innerhalb der zwei Monate der Auslegung der Einspruch unter Angabe von Tatsachen, also sachlichem Material, eingereicht sein muß entsprechend der Angabe des Klagegrundes in der Klage nach § 253 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung. So genügt z. B. nicht die unter Zeugenbeweis gestellte bloße Behauptung offenkundiger Vorbenutzung oder die Behauptung fehlender Neuheit unter Bezugnahme auf eine außergewöhnlich umfangreiche Patentschrift (87 Seiten, 30 Abbildungen³⁾). Natürlich können diese Gründe und das gesamte Material während des sich anschließenden Streitverfahrens ergänzt werden. Die Beschwerdeabteilung des Reichspatentamtes Senat III beschäftigte sich mit dieser Frage und hielt den Einspruch als mit Gründen versehen. Nach Ansicht des Patentamtes genügten die Angaben des Einspruchs, um einen Vergleich zwischen dem Anmeldegegenstand und demjenigen der angeblichen Vorbenutzung zu ermöglichen⁴⁾. [GVE. 49.]

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Nach einer Entscheidung der Beschwerdeabteilung des Reichspatentamtes Senat VIII vom 3. Mai 1934⁵⁾ ist eine Beschwerde gegen ihren Beschluß auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand als unzu-

²⁾ Entscheidung der Beschwerdeabteilung des Reichspatentamtes Senat VIII vom 17. Mai 1934. Blatt für Patent-, Muster- u. Zeichenwesen 1934, S. 128.

³⁾ Krauß, Patentgesetz 1931, S. 247 unten.

⁴⁾ Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen 1934, S. 78.

⁵⁾ Blatt für Patent-, Muster- u. Zeichenwesen 1934, S. 127.

lässig anzusehen. Der Patentinhaber hatte die 7. Jahresgebühr zu spät bezahlt. Das Patent erlosch. Er erbat unter Darlegung eines unabwendbaren Zufalls Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Diesem Gesuch wurde von der Patentverwaltungsbehörde stattgegeben. Der Beschwerdeführende machte geltend, das Vorliegen eines unabwendbaren Zufalls stimme nicht, außerdem sei er geschädigt, da er alsbald im Vertrauen auf das Erlöschen des Patents mit großem Kostenaufwand eine Maschine der patentierten Art hergestellt habe.

Wie erwähnt, wurde die Beschwerde als unzulässig verworfen. Über die Rechtzeitigkeit der Gebührenzahlung und damit auch über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand entscheidet ausschließlich das Patentamt. Die von ihm beschlossene Wiedereinsetzung ist endgültig. [GVE. 46.]

Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (Reichsgesetzbl. I, S. 531). Inkraftsetzung: 1. Januar 1935. Zur einheitlichen Durchführung des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind in den Stadt- und Landkreisen in Anlehnung an die untere Verwaltungsbehörde Gesundheitsämter einzurichten, die staatliche Einrichtungen sind und zu deren Unterhaltung und Einrichtung die Stadt- und Landkreise nach Bedürfnis und Leistungsfähigkeit beisteuern. An Stelle staatlicher Gesundheitsämter können die Einrichtungen der Stadt- und Landkreise als Gesundheitsämter anerkannt werden. In diesem Fall gewährt der Staat einen Zuschuß. Das Reich trägt zu den Kosten des öffentlichen Gesundheitsdienstes ebenfalls bei. Den Gesundheitsämtern liegt neben verschiedenen anderen Aufgaben, z. B. Erb- und Rassenpflege, Schulgesundheitspflege usw., vor allem die Durchführung der Gesundheitspolizei ob. Zur Gesundheitspolizei gehört zweifellos auch die Lebensmittelpolizei. Es darf angenommen werden, daß die ärztlichen Aufgaben bei der Überwachung des Lebensmittelverkehrs in dem Umfange ausgeübt werden, wie er durch die kürzlich erlassenen Vorschriften für die einheitliche Durchführung des Lebensmittelgesetzes (Rundschreiben des Reichsministers des Innern vom 21. Juli 1934 — II 3005/11. 5. 34 —, Reichsgesundheitsbl. S. 590) festgelegt ist⁶⁾. [GVE. 48.]

⁶⁾ Siehe Entwurf: Diese Ztschr. 43, 240 [1930]. Die jetzt erlassenen Vorschriften, die nach mehreren Richtungen die Belange der Chemiker berühren, werden demnächst unter „Beruf und Stand“ besprochen werden. Eine Ausgabe der Vorschriften mit erläuternden Bemerkungen des Sachbearbeiters im Reichsgesundheitsamt, Oberregierungsrat Dr. Merres, wird in der Sammlung der Verordnungen zum Lebensmittelgesetz in R. v. Deckers Verlag, G. Schenck, Berlin W 9, erscheinen.

PERSONAL-UND HOCHSCHULNACHRICHTEN

(Redaktionschluss für „Angewandte“ Mittwochs,
für „Chem. Fabrik“ Sonnabends.)

Senator e. h. Herrmann Degener, Geschäftsführer unseres „Verlag Chemie“, Berlin, Vorstandsmitglied des „Reichsverbandes der deutschen Zeitschriftenverleger“ und der „Genossenschaft deutscher Verleger“, federführendes Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft technischer und wissenschaftlicher Zeitschriftenverleger“, Vorstandsmitglied des „Deutschen Buchgewerbevereins“ und Mitglied zweier Ausschüsse der Berliner Industrie- und Handelskammer, Gründer und Herausgeber des zeitgenössischen Lexikons „Wer ist's“, feierte am 1. August seinen 60. Geburtstag.

Dr. H. Finger, em. o. Prof. der Technischen Hochschule Darmstadt, feierte am 1. August seinen 70. Geburtstag.

Prof. Dr. A. Reissert, Marburg, feierte am 30. Juli sein goldenes Doktorjubiläum.

Verliehen: Dr. H. Kautsky, Priv.-Doz. für Chemie an der Universität Heidelberg, die Amtsbezeichnung a. o. Prof.

Prof. Dr. W. Schulemann, Hon.-Prof. an der Medizinischen Akademie Düsseldorf, Elberfeld, wurde zum korrespondierenden Ehrenmitglied der Section for Tropical Diseases und Parasitology der Royal Society of Medicine in London gewählt.

Berufen wurden: Dr. K. Clusius, Priv.-Doz. und Assistent am Physikalisch-chemischen Institut der Universität Göttingen, vom bayerischen Kultusministerium auf die planmäßige a. o. Professur für physikalische Chemie an der Universität Würzburg als Nachfolger von Prof. Dr. L. Ebert¹⁾. — Dr. R. Höltje, a. o. Prof. für analytische Chemie der Technischen Hochschule Danzig, als o. Prof. für Chemie an die Bergakademie Freiberg i. Sa. als Nachfolger von Geh. Rat Prof. Dr. Brunck.

Dr. A. Arland, nichtplanmäßiger a. o. Prof. an der Universität Leipzig, wurde ein Lehrauftrag für Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschutz erteilt.

Gestorben: Dr. Th. Weigel, Chemiker bei der I. G. Farbenindustrie A.-G., Werk Leverkusen, am 25. Juli im Alter von 32 Jahren²⁾.

Ausland. Prof. Dr. E. Galle, Ordinarius für chemische Technologie an der Deutschen Technischen Hochschule zu Brünn, ist für das Studienjahr 1934/35 zum Rektor magnificus dieser Hochschule gewählt worden.

Ernannt: Dr. et Ph. Mr. Hedwig Langecker, Pharmakologin, zur ersten besoldeten a. o. Professorin in der medizinischen Fakultät der Deutschen Universität Prag.

¹⁾ Diese Ztschr. 47, 77 [1934].

²⁾ Diese Ztschr. 47, 570 [1934].